

Rieser Tageblatt



und Anzeiger (Erbblatt und Anzeiger).

Drahtschrift: Tagesblatt Rieser.
Gerne Nr. 20.

Das Rieser Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Amtshauptmannschaft Gries, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des
Rates der Stadt Rieser, des Finanzamts Rieser und des Hauptzollamts Weihen.

Postkonton: Trieben 1330
Grosstasse Rieser Nr. 62.

Nr. 278.

Dienstag, 30. November 1926, abends.

79. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis gegen Vorauszahlung für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsstörungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 80 mm breite, 8 mm hohe Grundchrift-Zeile (8 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 80 mm breite Mellemzeile 100 Gold-Pfennige; Zeitraumber und tabellarischer Satz 50%, Kufischlag, feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Abgabe eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Rieser. Wichtige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Retentionsdruck und Verlag: Langgasser & Winterlich, Rieser. Geschäftsstelle: Gortschkestraße 39. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Ublemann, Rieser; für Anzeigen: Wilhelm Dietrich, Rieser.

Wetterleuchten in Bukarest.

Die Nachrichten, die über den Gesundheitszustand Königs Ferdinand von Rumänien zu uns herüberbringen, sind recht widersprüchlich. Zum Teil behaupten sie, daß die Krankheit des Königs das Schlimmste befürchten lasse, teilweise verkünden sie sogar, daß er bereits gestorben sei, andere sprechen wieder davon, daß er sich bereits wieder auf dem Wege der Besserung befinde. Die höchste Abreise der Königin Maria von Rumänien aus Amerika deutet jedoch darauf hin, daß im Augenblick ihre Anwesenheit in Bukarest wenigstens erwünscht wird. In der Tat läßt sich auch aus anderen Nachrichten ersehen, daß sich zur Zeit in der Hauptstadt des rumänischen Landes eine nicht gelinde Krisenstimmung ausbreitet. Gewiß, an und für sich wäre das Ableben des Königs ein schwerer Schlag für das Land. Denn die Regentschaft des Königs hat recht viel Wertvolles und Gedeihliches für das Land geschaffen. Aber ganz abgesehen von der Persönlichkeit des Königs Ferdinands, nicht sein Tod selbst wäre der schlimmste Schlag für Rumänien, sondern lediglich das, was nach seinem Ableben sich ereignen wird. Der König spielt heute noch in seinem Lande etwa die Rolle, die Kaiser Franz Joseph in der alten Donau-Monarchie inne hatte. Er ist das vereinende Element, das die widerstrebenden Elemente des Landes zusammenhält. Und schließlich das einzige, das heute der Nation, dem Volk, die Herrschaft der Parteien. Was hieraus sich gestalten wird, kann man sich ungefähr vorstellen.

Über die ganze Affäre des Thronerbesitzes des Kronprinzen Karls hängt ein geheimnisvoller Schleier. Es wäre verkehrt, seine Privatangelegenheiten, so u. a. seine Hochzeit mit Iza Lombroso, oder das Verhältnis mit seiner Mutter als den Hauptgrund seiner Verbannung zu bezeichnen. Der ehemalige Kronprinz als Offizier hat es verstanden, durch seine Lebenswürdigkeit und schließlich auch durch seine antwortende Gesinnung sich eine große Anhängerschaft im Heere und in der Bevölkerung zu sichern. Man wird sich noch zu erinnern haben, mit welcher Empörung gewisse Offizierskreise seine Verbannung aufgenommen haben. Auch in der Zeit seines Aufenthaltes in Paris sind die Strömungen im Lande, die für seine Rückkehr wirken, niemals zum Stillstand gekommen. Im Gegenteil, die Stimmung in der Bevölkerung des Landes hat sich immer mehr für ein Wiedererlangen des Kronprinzens in seine früheren Rechte ausgesprochen. Denn als den eigentlichen Feind des Kronprinzens hat man nicht seine Familie, sondern die „Mächtigen Männer des Landes“, die Brüder Bratianu, seit langem erkannt. Sie allein bewirkten damals, daß das Parlament dem Thronerbesitz zustimmte, die Thronfolgerschaft in einer Weise regelte, die der Parteipolitik der Bratianus durchaus entsprach. Als Thronfolger wurde der fünfjährige Prinz Michael erwählt. Sollte der jetzt regierende König Ferdinand vor der Minderjährigkeit des jungen Prinzen sterben, so würden alle Rechte der Krone, bis zur Minderjährigkeit des jugendlichen Königs, einem Regimentsrat übertragen werden. Mitglieder dieses Regimentsrates sind, wie durch Parlamentsbeschluß festgelegt ist, der zweite Sohn des jetzigen Königs, Prinz Nikolaus, dann der griechisch-orthodoxe Patriarch, Bischof von Mitrova, und der Präsident des obersten Gerichtshofes. Die Zusammenfassung dieses Regimentsrates — man hat zu erkennen, daß in ihm kein einziger politischer Kopf großen Formates vorhanden ist — zeigt, daß in seinem Wirken sich Parteieinflüsse bemerkbar machen werden, die zum Teil ganz verschiedenen Richtungen angehören. Die Folge einer solchen Auslieferung der Kronrechte an den Parteistampf wird in einer ewigen Krise und einer Zersplitterung des Landes zu erblicken sein, die dem Lande die Ruhe, die es für die Entwicklung seiner Finanzen und seiner Wirtschaft dringend braucht, nicht beschert. Diese Erkenntnis wird zum größten Teil die Meinung großer Teile des Landes verstärkt haben, dem Kronprinzen Karl wieder die Rückkehr zu ermöglichen. Immerhin haben auch diese Kreise erkannt, daß eine Zurückberufung des Verbannenen nicht auf Grund eines Staatsstreiches erfolgen kann, da ein solcher Staatsstreich angesichts der starken Parteianhängerschaft der Bratianus zum Bürgerkrieg führen müßte. Die Bemühungen der Freunde des Kronprinzen Karls gehen nun dahin, durch eine Änderung des Throngesetzes im Parlament ihr Ziel auf legalen Wege zu ermöglichen. Wenn man den Meldungen, die von einer Ausöhnung des Kronprinzen mit seiner Mutter Maria sprechen, Glauben schenken kann, so darf man feststellen, daß die Befürworter der Rückkehr des Kronprinzen ein gutes Stück auf ihrem Wege vorwärts gekommen sind. Hätte sich in den Tagen der Thronerbschaftskrise die Königin Maria auf die Seite ihres ältesten Sohnes gestellt, auch die stärksten Parteischiedungen der Bratianus hätten das Parlament nicht dazu gezwungen, die Abdankung des Prinzen zu genehmigen. Sollte also in der Tat jetzt eine Versöhnung im Königshaus stattgefunden haben, so wäre eine der Hauptschwierigkeiten, die gegen die Rückkehr des verbannenen Kronprinzen sprechen, beseitigt. Das besagt jedoch keineswegs, daß eine Wiedererhebung Karls in seine Thronfolgerschaft auf legalen Wege sich reibungslos abwickeln würde. Die Bratianus sind nach wie vor im Lande sehr mächtig. Eine Rückkehr des Prinzen würde ihre sehr weitgehenden Pläne illusorisch machen. Also werden sie kämpfen. Und diesem Kampfe kann man erwarten, vor welchem starker Beunruhigung das Land durch das Ableben des regierenden Königs Ferdinand in diesem Augenblick gestellt wäre.

Zur Frage der Abrüstung Deutschlands.

Times über die Militärkontrolle.

London. Times schreibt: Die Besprechungen über die deutsche Abrüstung werden zwischen der britischen, französischen, italienischen, belgischen und deutschen Regierung eifrig fortgesetzt, und bei der Zusammenkunft des Botschafterrates in der nächsten Woche werden die verschiedenen Minister des Reiches das Problem weiter erörtern, um eine endgültige Regelung zu erreichen. Die Genier-Regierung wird eine Fortsetzung der Erörterung sein, die in Locarno zwischen Sir Austen Chamberlain, Briand, Vandervelde sowie Luther und Stresemann stattgefunden hat. Die Initiative für die jüngsten Besprechungen ist von britischer Seite ausgegangen. Eine von britischen militärischen Sachverständigen vorbereitete Denkschrift, die das „Mindestprogramm“ enthält, dessen Erfüllung durch Deutschland gefordert werden sollte, falls es wünschenswert ist, wurde der Militärkommission aus Berlin zur Verfügung gebracht und durch ein Ausschussmitglied des Botschafterrates erlesen, wurde von Sir Austen Chamberlain abgelesen und ungefährt Mitte dieses Monats in Paris, Rom und Brüssel mitgeteilt. Die Punkte des „Mindestprogramms“ waren: 1. Unterordnung des Oberbefehlshabers der Reichswehr unter die Autorität des Reichswehrministers; 2. Regelung der Frage der Refrakterung und der militärischen Vereinigungen; 3. Kontrolle über die Ausfuhr von Waffen und Munition; 4. Zerschlagung neuer Befehlshabers an der deutschen Grenze. In den Punkten 1 und 2 wird Times zufolge von den britischen Militärbehörden die Auffassung vertreten, daß Deutschland bereits viel zu einer befriedigenden Regelung gelangt hat und daß die zunehmende Unterordnung, die die Politik Stresemanns bei der Nation findet, dem Reich zu nützen wird. Den dritten Punkt betrachtet man als den wichtigsten, und er ist auch in Wahrheit der Schlüssel für Deutschlands Bereitwilligkeit, den Geist der Locarno-Verträge zur Anwendung zu bringen. Der vierte Punkt wirft die Frage der genauen Auslegung der betreffenden Klausel des Verlaßes vor. Die in London vertretene Auffassung ist, daß sie am besten dem Urteil des Ständigen Internationalen Gerichtshofes im Haag überlassen bleiben würde. Briand hat die britische Denkschrift an die französische Sachverständigen weitergegeben, deren Bericht rechtzeitig für die Zusammenkunft in Geni angesetzt werden wird. Es ist bekannt, daß die Franzosen ebenso wie die Belgier der Frage ungeklärter militärischer Organisationen in Deutschland größte Bedeutung beimessen. Ohne den Bericht der französischen Sachverständigen abzuwarten, hat Briand Chamberlain in dem Sinne geantwortet, daß die verhängnisvolle Haltung gegenüber Deutschland der leitende Grund seiner auswärtigen Politik bleibe. Briand fügte hinzu, nichts sollte getan werden, um eine freundschaftliche und endgültige Regelung des Abrüstungsproblems zu verzögern. In diesem Sinne erbat er, daß die Nennung des Wiener Abkommens Herrn Luther und Herrn Stresemann zugestanden wurde in der Hoffnung auf eine schnelle Erledigung genau der Punkte durch Deutschland, die in der britischen Denkschrift erwähnt werden. Briand glaubt nicht, daß es auf die Dauer zweckmäßig sein würde, wenn alle Zugeständnisse nur von einer Seite kämen. Die belgische und die italienische Haltung gegenüber der britischen Denkschrift ist ähnlich. Der Artikel schließt: Das Kernproblem der alliierten Regierungen ist nicht die Umwandlung der militärischen Kontrolle — dieses Prinzip kann als angenommen gelten — sondern die genaue Umschreibung der Nachbestimmungen, die dem Drogen des Botschafterrates gegeben werden sollen, wenn es gebildet worden ist. Die Franzosen wünschen eine ständige Kommission mit dem Recht der jederzeitigen Beaufichtigung und zwar besonders bezüglich der entmilitarisierten Rhonezone. Die britische Auffassung ist, daß dies über die Bedingungen des Verlaßes hinausgehen würde und daß die Kontrollbestimmungen des Botschafterrates nur anwendbar werden sollten in besonderen Fällen, wo eine bestimmte Beschwerde von einer interessierten Macht vorgebracht ist.

Der englische und der französische Standpunkt.

London. (Zusatz.) Der Pariser Berichterstatter der Morning Post schreibt: Obwohl der französische und der britische Standpunkt bei der Abrüstung Deutschlands in vielen Punkten einander völlig entgegensteht, so bekunden doch Zeichen dafür, daß Chamberlain bei seiner Ankunft in Paris am nächsten Donnerstag finden werde, daß die Franzosen bereit seien, ihm auf halbem Wege entgegenzukommen. Die französische Presse ist sich nicht klar darüber geworden, daß Frankreich sich vielleicht in Europa isolieren werde, wenn seine gegenwärtige Politik unverändert bleibt, während die Gerüchte, daß Mussolini mit dem Gedanken einer Vereinbarung mit Stresemann spielt, naturgemäß Unbehagen hervorruft.

Die außenpolitische Aussprache in der französischen Kammer.

Paris. (Zusatz.) Der radikale Abgeordnete Berthod erklärte in der Nachmittags-Sitzung der Kammer bei der Beratung des Budgets für auswärtige Angelegenheiten, er beglückwünschte Briand zu den Bemühungen, die er unternommen habe, damit nicht wieder die Geißel des Krieges Europa heimische. Frankreich könne die besten Beziehungen zu allen seinen Alliierten und dem großen Kriegen unter-

halten und trotzdem den Versuch machen, sich mit Deutschland zu verständigen. Aus diesem Grunde müsse man sich über die Zusammenkünfte von Locarno und Thoirn freuen. Deutschland verlange das Ende der Kontrolle.

Der Abg. Rabreau bemerkte, einhimmlich habe der Botschafterrat das Investigationsrecht der deutschen Bewaffnung reglementiert. Eine andere Reglementierung könne nur durch einstimmigen Beschluß schiefgeleitet werden.

Berthod fuhr fort, die französische öffentliche Meinung habe sich erregt, daß mehrere Jahre nötig seien, um die Ausführung der Entwaffnungsarbeiten des Verlaßes durchzuführen. Die Nennung des Rheinlandes könne nur erfolgen, nachdem die Sicherheit Frankreichs garantiert sei. Die italienische Außenpolitik Italiens dürfe man trotz aller Gerüchte nicht dramatisieren. Er glaube nicht, daß Italien morgen die Balken gegen Frankreich ergreifen werde.

Der radikale Abg. Milhaud erklärte, die von der Regierung in Locarno und Thoirn beschlossene Politik habe nicht die Zustimmung aller Parteien erhalten. Aber sie werde von dem ganzen demokratischen Frankreich gebilligt. Die Rede Stresemanns habe in Frankreich entzündet. Die Nachrichten über die Organisation der unterirdischen Verbände könnten nicht in Zweifel gezogen werden; sie stammten aus deutscher Quelle. Die Vertreter der französischen Nation müßten Deutschland, dem man die Hand reichen könne, wenn man auch den positiven Willen der deutschen Regierung schätze, man fürchte, daß man eines Tages über sie hinweggehen werde. Der Redner wünschte, daß Briand bei den Besprechungen, die zwischen den Außenministern der großen Nationen stattfinden werden, bei der Politik, die er so glücklich in Locarno, Thoirn und Geni eingeleitet habe, verbleiben werde.

Das britische Memorandum

über den Stand der deutschen Abrüstung.

London. Wie der Vertreter der Telegraphen-Union an zuständiger Stelle erzählt, ist das heute früh von der Times veröffentlichte britische Memorandum über den Stand der deutschen Abrüstung bereits am 29. Oktober der französischen Regierung übermittelt worden. Das Memorandum ist vom englischen Generalstab verfaßt und nach vorheriger Durchsicht im Auswärtigen Amt nach Paris gelangt worden. An amtlicher Stelle legt man großes Gewicht darauf, daß es sich bei dem Memorandum keineswegs um ein Mindestprogramm handelt, wie die Times heute morgen behauptet hatte. Im Gegenteil wird verichert, daß sich die britische Regierung in keinem der angeführten Punkte schiefgeleitet habe. Im übrigen werden die Programmpunkte 1 und 4, nämlich Unterordnung des Oberbefehlshabers unter die Autorität des Reichswehrministers und die Zerschlagung von Befehlshabersanlagen an der Grenze als veraltet bezeichnet. Auch Punkt 3, die Kontrolle der Ausfuhr von Waffen und Munition, wird in London als von untergeordneter Bedeutung betrachtet. Uebrigens bleibe demnach die Frage der Refrakterung und die der Sportverbände, über die man in London jede äußere Befragung vermeide. Auf das Memorandum hat die französische Regierung in der Zwischenzeit geantwortet. Die britische Erwiderung auf die französische Antwort wird zur Zeit noch im Auswärtigen Amt vorbereitet und von Chamberlain am Donnerstag in Paris vorgelegt werden.

Paris

und das englische Abrüstungs-Memorandum.

Paris. Zu dem englischen Memorandum über den Fragenkomplex der deutschen Abrüstung wird an zuständiger Stelle erklärt, daß bereits vor Fertigstellung dieses Memorandums ein lebhafter Notenwechsel zwischen den beiden Hauptstädten stattgefunden habe. Man will dem Memorandum aber weiter keine besondere Bedeutung beimessen, da dessen Feststellungen durch den Gang der Ereignisse bereits überholt seien. Es wird in Paris besonders darauf verwiesen, daß die Frage des Oberbefehlshabers der Reichswehr von der Botschafterkonferenz als erledigt bezeichnet worden ist. Die Verhandlungen zwischen Paris und London gehen inzwischen weiter und man erwartet den Einzelbericht der Kontrollkommission.

1927 keine Abrüstungskonferenz?

Genf. Auf einer gestern abgehaltenen Preiskonferenz teilte Lord Robert Cecil mit, nach seiner Ansicht sei nicht mehr damit zu rechnen, daß die internationale Abrüstungskonferenz im nächsten Jahre zusammentreten werde.

Zur Begegnung der Minister des Auswärtigen.

Paris. Der italienische Transalpinen Depeschentour, die ihren Sitz in Paris hat, wird aus Rom berichtet, daß man in römischen politischen Kreisen noch keine Bestätigung bezüglich einer Begegnung der Minister des Auswärtigen Frankreichs, Englands, Deutschlands und Italiens habe. Alles, was man zur gegenwärtigen Lage sagen könne, sei, daß eine derartige Begegnung den Richtlinien der italienischen Politik nicht widersprechen würde. Italien wolle den Frieden und sei mit ihm für alle Abmachungen, die zu seiner Konsolidierung beitragen würden. Es sei natürlich, daß es sich an allen Konferenzen beteiligen werde, in deren Verlauf die drohen europäischen Interessen erörtert werden könnten.